

Freie Medien fördern – Medienvielfalt stärken

*Policy Paper der Arbeitsgemeinschaft Freie Medien**

Dringender Handlungsbedarf

Herkömmliche journalistische Geschäftsmodelle, die auf Werbe- oder Verkaufserlösen basieren, stehen global enorm unter Druck. Für Länder wie Österreich mit traditionell hoher Medienkonzentration und wenigen, die Medienmärkte dominierenden Legacy-Konzernen sind in Zukunft stark negative Auswirkungen auf die Medienvielfalt und damit auf die Qualität der Prozesse der politischen Meinungsbildung zu befürchten. Schon aktuell gilt das Risiko im Bereich des Medienpluralismus als hoch (EUI, 2024). Zur selben Zeit zielen die aktuellen Förderinstrumente in Österreich vorwiegend auf den Erhalt des Status quo, fast zwei Drittel der untersuchten Förderungen gehen laut einem aktuellen Prüfbericht des österreichischen Rechnungshofs (2025) an nur zehn Konzerne. Maßnahmen, die den Strukturwandel bzw. „kleinteilige Strukturen“ unterstützen, oder die Förderung nicht-traditioneller, „freier“ bzw. neuer Marktteilnehmer standen demnach bisher nicht im Fokus der Medienpolitik. Für diesen Bereich besteht dringender Handlungsbedarf.

Nicht-traditionelle Medien – ein buntes Feld

Die Gruppe der „nicht-traditionellen“ Medien, die derzeit kaum oder gar nicht in den Genuss öffentlicher Förderungen kommen, obwohl sie einen maßgeblichen Beitrag zur Medienvielfalt leisten bzw. leisten könnten, ist ihrerseits von hoher Diversität gekennzeichnet (Flöther & Werner, 2024). Als einzige in dieser Gruppe werden aktuell – aus dem Nichtkommerziellen Rundfunkfonds – die 14 Freien Radios sowie die drei Community TV-Sender gefördert, die ab Ende der 1990er-Jahre im Rahmen der zweiten Welle „alternativer Medien“ (Paulitsch, 2025) entstanden. Andere Medien haben vor allem aufgrund ihrer geringen Größe oder eingeschränkten Reichweite aktuell kaum Zugang zu öffentlichen Förderungen, obwohl sie von der ökonomischen Medienkrise zumindest ebenso stark betroffen sind. Zu dieser Gruppe zählen etwa die aktuell acht Straßenzeitungen in Österreich, aber auch andere lokale bzw. Community-Medien, außerdem junge journalistische Angebote, die oft inhaltliche Nischen besetzen, meist „online first“ bzw. „online only“ erscheinen und versuchen, sich über alternative Finanzierungs- und Organisationsformen über Wasser zu halten. Einige dieser Projekte verzichten ganz auf Werbung, andere betonen ihre Gemeinnützigkeit bzw. ihre Orientierung an Gemeinwohl und öffentlichem Interesse (FID, 2025).

Zentrale demokratische Funktionen nicht-traditioneller Medien

Diese Medien erfüllen in all ihrer Unterschiedlichkeit zentrale demokratische Funktionen. Journalistische Public-Interest-Medien sind „unverzichtbar für eine gesunde und funktionierende Demokratie“ (Matjašič & Juega, 2025) und füllen laut einer aktuellen europäischen Bestandsaufnahme (Flöther & Werner, 2024) gerade auf der demokratiepolitisch besonders wichtigen lokalen Ebene Lücken, die durch den Rückzug traditioneller Medien aus verschiedenen Themenbereichen entstanden sind und weiter entstehen werden. Non-Profit-Medien stärken die Medienvielfalt, schaffen in besonderer Weise gesellschaftlichen Mehrwert, befeuern Innovationen und schaffen Bürger:innen-Nähe und Partizipation (Buttkus & Ryabinin, 2020); nichtkommerzieller Rundfunk und Community Broadcasting erbringen – ebenso wie Print- oder Online-Projekte in diesem Feld – wichtige Leistungen hinsichtlich sozialer Inklusion und Kommunikation auf Augenhöhe (Peissl & Seethaler, 2020) (Wassermair, 2024).

Öffnen der Medienförderung für nicht-traditionelle Medien

Aus all diesen Gründen erscheint die Öffnung der Medienförderungen für nicht-traditionelle Medien im Rahmen des anstehenden Reformprozesses als besonders dringlich. Für wen genau sollte diese Öffnung gelten? Aufgrund der großen Bandbreite an Geschäftsmodellen und Organisationsformen nicht-traditioneller journalistischer Medien, ist es schwierig, eine einheitliche Definition für diese Gruppe von Medien zu finden. Andererseits betrifft diese Schwierigkeit auch die Frage, welche Medien überhaupt als förderungswürdig gelten sollten. Die derzeitigen Förderschienen umgehen eine inhaltliche Antwort auf diese Frage, indem sie sich entweder an etablierten Legacy-Medien orientieren, an bestehenden Tages- oder Wochenzeitungen bzw. Sendern, oder aber quantitative Kriterien als Fördervoraussetzungen definieren – Mindestreichweiten, Publikationsfrequenzen oder Redaktionsgrößen. Kriterien, die auf Qualität bzw. eben „public interest“ abzielen, kommen erst in der Bemessung der Höhe der Förderungen und dort auch nur im Ansatz zur Anwendung.

Dänisches Modell

Eine zukunftsweisende Alternative hat eben ein Expertenkommission formuliert, die in Dänemark versucht, die Medienförderungen neu auszurichten (Nielsen, 2025). Förderungen sollen demnach nur „public interest media“ erhalten – ein Begriff, der prinzipiell ähnlich auslegungsbedürftig ist wie der des „Qualitätsjournalismus“. Die Kommission schlägt zur Entscheidung, ob öffentliches Interesse überwiegt, einen Katalog von acht Kriterien vor, die kombiniert herangezogen werden sollen – darunter „redaktionelle Verantwortung“, „Unabhängigkeit“, allgemeine „Verfügbarkeit“, eine inhaltliche General-Interest-Orientierung oder „redaktionelle Ressourcen“. Redaktionsgröße

oder Reichweiten stellen nach diesem Modell aber keine absoluten Zugangsvoraussetzungen dar. Das Modell würde – auf Österreich umgelegt – die Öffnung der Förderungen für eine Vielzahl journalistischer Projekte und Unternehmen ermöglichen, die bislang ausgeschlossen waren. Dazu kommt, dass das dänische Modell bezüglich der Zumessung der Förderhöhe gerade lokale/regionale bzw. nicht-konzern-gebundene, unabhängige Medien sogar priorisiert. Auch vor dem Hintergrund, dass öffentliche Fördermodelle sonst oft „Winner-takes-most“-Dynamiken befördern und lokale Modelle der Gefahr von Nachrichtenwüsten entgegenwirken können (Nielsen, 2025).

Mögliche Eckpunkte einer Reform

Wie dringlich ein Umdenken in der Förderpolitik ist, hat zuletzt auch die Plattform Medienvielfalt der Österreichischen UNESCO-Kommission (2025) betont und eine Neuausrichtung gefordert – mit Fokus auf eine „Strukturförderung für journalistische Start-ups und gemeinnützige Medien“ sowie „[n]iederschwellige Zugänge zu Förderungen, die auch kleine Redaktionen und gemeinnützige Medien erreichen“. Das trifft sich mit den Empfehlungen von Expert:innen des Reuters Institute for the Study of Journalism (Nielsen et al., 2019), die Zukunftsoptionen für eine zeitgemäße Digitalmedien-Politik in der Europäischen Union formuliert haben. Eine der drei zentralen Empfehlungen: eine „rapid reform to ease the creation and funding of non-profit news media“, u.a. durch die Erleichterung der Anerkennung und Förderung gemeinnütziger journalistischer Medien. Diesen Empfehlungen nachzukommen, und nicht-traditionelle Medien – vielleicht sogar mit Priorität – Förderzugang zu garantieren, erscheint angesichts der aktuellen demokratie- und medienpolitischen Krisenlage dringend angeraten.

Mögliche Eckpunkte einer Reform, die nicht-traditionelle journalistische Medien und damit die Medienvielfalt in Österreich nachhaltig stärkt:

1. Eine Öffnung des Systems der Medienförderungen für journalistische Medien, die bislang vor allem aus quantitativen Gründen ausgeschlossen waren. Erreicht werden kann diese Öffnung durch eine Integration aller bestehenden Fördersysteme und ein einheitliches – und plattformunabhängiges – Abstellen auf „Public Interest“-Medien, die vor allem qualitativ definiert werden sollten.
2. Eine Aufwertung von nicht-traditionellen journalistischen Organisations- und Geschäftsmodellen, die Faktoren wie Kooperationen, Gemeinnützigkeit, Community-Orientierung sowie Diversität und Regionalität hinsichtlich der Förderhöhe deutlich belohnt.

3. Eine eigene Förderschiene für journalistische Neugründungen, die auf Ansätze des Media Innovation Lab der Wiener Zeitung bzw. der Medieninitiative Wien aufbaut und „Startup“-Förderungen bundesweit skaliert.

** Die Arbeitsgemeinschaft Freie Medien hat sich nicht zuletzt als Reaktion auf die Streichungen der meisten Förderungen für Freie Medien durch die Steiermärkische Landesregierung im Sommer 2025 gebildet. An diesem Policy Paper, das auch in eine aktuelle Stellungnahme der ARGE kulturelle Vielfalt (2025) einfloss, haben folgende Vertreter:innen freier Medien mitgewirkt:*

Claudia Gerhäuser (gat.news – gesellschaft architektur transformation)

Wolfgang Kühnelt (Haubentaucher)

Claudio Niggenkemper, Julia, Reiter, Michael Zakary; Petra Kaspar-Buchegger (Megaphon – Straßenzeitung und soziale Initiative)

Peter Obersteiner (Grazy Talks)

Ruxandra Petroșanu, Lilly Jagl (Radio Helsinki)

Evelyn Schalk (ausreißer)

Thomas Wolkingner (FH JOANNEUM – Journalismus und Digitale Medien; Annenpost)

Graz, 3.12.2025

Literatur

ARGE kulturelle Vielfalt. (2025). *Medienentwicklungen, Medienpolitik und Medienförderungen. Erklärung und Aufruf*. <https://igkultur.at/politik/erklaerung-und-aufruf-medienentwicklungen-medienpolitik-und-medienfoerderungen>

Buttkus, C., & Ryabinin, I. (2020). *Wozu Non-Profit-Journalismus?* Phineo.

European University Institute – Centre for Media Pluralism and Media Freedom (2024). *Monitoring des Medienpluralismus im Digitalen Zeitalter – Länderbericht: Österreich*. <https://cadmus.eui.eu/server/api/core/bitstreams/6bb4c5c3-3799-5324-bb43-d08e835b0de3/content>

Flöther, C., & Werner, M. (2024). *Journalism Value Report. Mapping the State of Public Interest Journalism in Europe*. The Journalism Value Project & Netzwerk Recherche. <https://journalismvalueproject.eu/survey>

Forum Information Democracy. (eds.) (2025). *The Economic Imperative of Investing in Public Interest Media. Statement of the High-Level Panel on Public interest Media*. <https://informationdemocracy.org/wp-content/uploads/2025/09/The-Economic-Imperative-of-Investing-in-Public-Interest-Media.pdf>

Gall, S., & Krüger, U. (2025). Gemeinnütziger Journalismus in Deutschland. Eine Befragung zu Finanzierung, Sicherung der Unabhängigkeit und Arbeitsweisen. In *Journalistik* 8/2.

Matjašič, P., & Juega, E. (2025). *Reframing Public Interest Journalism in Europe. Insights from the Journalism Value Project*. <https://journalismvalueproject.eu/the-jvp-white-paper/>

Nielsen, R. (2025). *From taxes to news : How Denmark is rethinking public funding for private publishers*. Reuters Institute for the Study of Journalism. <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/news/taxes-news-how-denmark-rethinking-public-funding-private-publishers>

Nielsen, R., Gorwa, R., & de Cock, Buning, M. (2019). *What Can Be Done? Digital Media Policy Options for Strengthening European Democracy*. Reuters Institute for the Study of Journalism.

Paulitsch, L. (2025). *Alternative Medien. Definition, Geschichte und Bedeutung*. Springer VS.

Plattform Medienvielfalt der Österreichischen UNESCO-Kommission. (2025). *Reflexionen und Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik in Österreich*. <https://www.unesco.at/kommunikation/medien/article/plattform-medienvielfalt-veroeffentlicht-empfehlungen-fuer-eine-zukunftsfaehige-medienpolitik>

Rechnungshof Österreich. (2025). *Medienförderungen durch die KommAustria und die RTR (Reihe Bund 2025/25)*. https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/Meldungen_2025/Medienfoerderung_Etablierte_Medien_im_Vorteil.html

Wassermair, M. (2024). *Wofür stehen die zwei B in der Medienpartizipation? Demokratieerneuerung durch Bedeutung und Behauptung*. In *Land der Freien Medien – Edition 2024* (Sonderbeilage zur KUPFzeitung). <https://www.freier-rundfunk.at/download/dokument-69.pdf>